

WEGE ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION?

Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980

Die auswärtige Kulturpolitik rückte erst im 20. Jahrhundert in das unmittelbare Interesse der europäischen Staaten. Da die Traditionen und Regierungsformen der einzelnen Länder zu Beginn dieses Jahrhunderts recht unterschiedlich waren, entwickelte sich auch die auswärtige Kulturpolitik aus völlig unterschiedlichen Ansätzen. Während mittlerweile zahlreiche Arbeiten zur auswärtigen Kulturpolitik verschiedener Länder vorliegen, fehlen bis heute vergleichende Studien zu bilateralen Kulturbeziehungen in diesem Jahrhundert. Auch wenn die auswärtige Kulturpolitik inzwischen als „dritte Säule“ der auswärtigen Beziehungen anerkannt ist und somit einen unangefochtenen Platz in der Außenpolitik einnimmt, haftet ihr doch nach wie vor der Ruf der Minderwertigkeit an. Eine Gewichtung ihrer Rolle läßt sich beispielhaft anhand der deutsch-belgischen Kulturbeziehungen aufzeigen.

1. Die Zäsur: der Erste Weltkrieg

In dieser Hinsicht stellten die Ereignisse des Ersten Weltkrieges eine solch tiefgreifende Zäsur dar, daß die vorher primär auf privater Ebene blühenden Beziehungen im kulturellen Bereich auf einen historischen Nullpunkt sanken. Während die politische Kriegsschuldfrage, in der es vor allem um die Reparationen und die Ruhrbesetzung ging, relativ schnell einvernehmlich gelöst werden konnte, belastete die moralische Kriegsschuldfrage die Denkweise – und somit die Kultur – der beiden Nachbarstaaten erheblich. Die Auseinandersetzungen um den deutschen Neutralitätsbruch und die Franktireurs-Propaganda spiegeln dabei den in beiden Ländern vorherrschenden übersteigerten Nationalismus wider.

Von noch größerer Bedeutung für die kulturellen Außenbeziehungen war aber die Entfaltung des sogenannten „Weltkrieges der Geister“. Denn durch den „Aufruf an die Kulturwelt“ von 93 deutschen Intellektuellen am 4. Oktober 1914 trat der Krieg in ein völlig neues Stadium ein; durch diesen Aufruf wurden nämlich die zahlreichen Geislerschießungen und Brandlegungen durch deutsche Truppen, insbesondere aber die deutsche These über den Universitätsbrand von Leuven ohne profunde Kenntnis der wahren Vorfälle gerechtfertigt. In alliierten Kreisen galt der „Aufruf“ daher als Symbol des Mißbrauchs wissenschaftlicher Autorität zur Verteidigung politischen Unrechts. Zudem hatte bis dahin noch niemand an einen „Kampf der Kulturen“ der feindlichen Länder gedacht. Die Verkopplung von deutscher Kultur und deutschem Militarismus im „Aufruf der 93“ schlug folglich auf die deutsche Kultur zurück. Schon in diesem Prozeß der Konfrontation gewannen die Massenmedien eine neue Bedeutung; die zunehmende Beeinflussungs- und Informationsmöglichkeiten führten zu einer weiteren Ausdehnung der direkten kulturellen Kontakte – auch in den internationalen Beziehungen.

Neben politischen und psychologischen Reibungspunkten auf staatlicher Ebene zwischen Deutschland und Belgien sorgten so auch in den Nachkriegsjahren die deutsche Presse als Spiegelbild der ihrer Ehre beraubten Nation und die belgische als Spiegelbild eines verbreiteten Antigermanismus für ein ständiges Unbehagen in den Beziehungen. Sie schürten in der Bevölkerung Ängste, schlecht verdeckte Aggressionen und Ressentiments gegen die Weimarer Republik einerseits, das belgische Königreich andererseits. Darin zeigte sich, wie schwer die auswärtige Kulturpolitik zu definieren ist. Legt man dem Begriff „Kultur“ die Definition der „Gesamtheit aller in einem Volk vertretenen Werte“ zugrunde, so gehören zur auswärtigen Kulturpolitik wohl rein theoretisch alle Austauschmöglichkeiten und -instrumentarien dieser Werte, die mittelbar oder unmittelbar staatlich beeinflusst oder gefördert sind.

2. Strukturen der Kulturabteilungen

Dieser theoretische Ansatz wird durch einen Blick in die Geschichte jedoch sofort relativiert. Denn das Selbstverständnis der Kulturabteilungen in den Regierungen, ihre inhaltlichen Schwerpunkte und verwaltungstechnischen Strukturen wurden primär durch die Umstände bestimmt. Belgien gehörte nach dem Ersten Weltkrieg zu den Siegermächten und unterstützte folglich die alliierte Politik gegen Deutschland, zu der nicht nur der Wissenschaftsboykott, sondern auch die kulturpolitische Isolierung Deutschlands gehörte. Das Engagement des Königreiches gründete sich dabei nicht ausschließlich auf die bitteren Erfahrungen des Krieges, sondern auch auf den direkten Nutzen, den das Land aus der Übernahme zahlreicher internationaler Organisationssitze ziehen konnte.

Aber die belgische auswärtige Kulturpolitik beschränkte sich nicht auf eine Unterstützung der durch die Siegermächte beschlossenen kulturpolitischen Maßnahmen. Noch bevor der Völkerbund diesem „weltpolitischen Neuland der kulturellen Beziehungen“ aktiv wurde, bot Belgien insgesamt 14 Ländern Verträge über geistige Zusammenarbeit an. Die zurückhaltende Reaktion und die mageren Arbeitsergebnisse verweisen jedoch auf das geringe Interesse, das der staatlichen Förderung auswärtiger Kulturbeziehungen entgegengebracht wurde. Dieses mangelnde Interesse läßt sich nicht nur von der Haltung der angesprochenen Länder ablesen, sondern auch von der Weiterentwicklung der ersten Ansätze in Belgien selbst; die Verwirklichungsmöglichkeiten der auswärtigen Kulturpolitik hingen in der Zwischenkriegszeit in Belgien ausschließlich vom Engagement einzelner führender Politiker ab. Zu einem Mittel der effektiven Annäherung zwischen freundschaftlich verbundenen oder sogar zwischen verfeindeten Staaten konnte diese Politik nicht heranreifen.

Völlig andere Voraussetzungen bestanden im besiegten Deutschland. Die Machtlosigkeit der Weimarer Republik ließ es so gut wie aussichtslos erscheinen, wieder im Stile der Vorkriegszeit auswärtige Kulturpolitik zu treiben. Die Überwindung der Kriegspropaganda und der Aufbau einer echten Kulturpolitik, die auf dem Prinzip einer Autonomie der Kultur beruhte, standen deshalb inhaltlich im Vordergrund aller Bestrebungen. Der Versuch, im Nachbarland breitere Schichten an der deutschen Kultur zu interessieren, entsprach dem Stil der diplomatischen Arbeit, die allerdings auf Kulturattachés und Kulturabkommen vorerst noch verzichtete.

Nach 1933 lebten jedoch alte Propagandavorstellungen wieder auf, die in einer rückhaltlos

eingesetzten Propagandamaschinerie aggressiv übersteigert wurden. Die nationalsozialistische Machtergreifung bedeutete auch eine Verschärfung des etatistischen Kurses, dessen Neuformierung unter den Bedingungen des totalitären Staates zwar die Inhalte und den Stil, nicht aber die organisatorisch-strukturellen Konzepte der auswärtigen Kulturpolitik betraf. Dennoch verstärkten die entstandenen Irritationen in der institutionellen Struktur die offenen Ideologisierungsbestrebungen. Hierzu trugen insbesondere die Initiativen des Reichserziehungs- und des Propagandaministeriums bei.

Die eigentliche, gerade für Belgien bedeutsame Besonderheit der deutschen auswärtigen Kulturpolitik war die „Betreuung“ des Grenz- und Auslandsdeutschtums, die einen Teil der Geschichte des Nationalismus im 19. Jahrhundert ausgemacht hatte. Darin spiegelt sich in vielerlei Perspektiven jener umfassende Prozeß wider, durch den Nationalstaat, Nationalitätenprinzip und Volkstum zu richtungsweisenden Größen des Denkens wurden. Der Problemzusammenhang ergab sich zum einen aus der Bevorzugung von Sprache und Volkstum durch die deutsche Nationalbewegung, aus dem ihr zunächst prinzipiell intendierten, aber politisch nicht zu erreichenden Ziel, das gesamte geschlossen siedelnde Deutschtum in einem Nationalstaat zu umfassen. Andererseits resultierte die Frage der Erhaltung des Deutschtums aus dem Streben nach nationaler Homogenität fremder Staaten und Völkerschaften, in die deutsche Volksteile eingesprengt waren, also aus dem Assimilierungsdruck, der auf die Deutschen ausgeübt wurde.

Diese historischen Wurzeln wurden schon in der Weimarer Zeit, besonders aber unter den Nationalsozialisten durch innen- und außenpolitische Intentionen überdeckt. Alle volks- und deutschumpolitischen Bestrebungen zeigten, daß die Deutschen im Volkstumsgedanken Ersatz für nicht mehr vorhandene staatliche Größe und die großen politischen Vorkriegsideale gefunden hatten. Außerdem sollte Deutschland auf dem Feld internationaler Beziehungen dem Gegner eine Waffe voraus haben, mit deren Hilfe das deutsche Volk mühelos imstande sei, einen ersten Platz unter den Weltmächten einzunehmen. In diesem Volkstumsgedanken verkörperte sich zudem im Verständnis seiner Träger die eigentlich zeitgemäße, junge Idee, die weit besser als der westlich-demokratische Staatsbegriff und als der Bolschewismus den spezifisch kontinental-europäischen Bedürfnissen der Zeit angemessen sei. Sie war zugleich und bewußt die „deutsche Antwort“ an Woodrow Wilson, Völkerbund und die „französische“ Pan-Europa-Bewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi.

3. Kulturpolitische Besonderheit: Volks- und Deutschumpolitik

Aber schon die Volkstumspolitik in Flandern, die nicht nur auf der Flamenpolitik des Ersten Weltkriegs aufbaute, sondern auch Kontakt zu nur einer Minderheit oft radikaler Flamen suchte, konnte kaum auf Erfolg hoffen. Denn die übersteigerten deutschen Vorstellungen vom „unterdrückten Brudervolk der Flamen“ und von der natürlichen „deutsch-flämischen Verwandtschaft“ spiegelten das deutsche Nationsverständnis wider, das auf den Werten von Volk, Sprache und Kultur aufbaute. Verständnis für einen Mehrkulturstaat wie Belgien, der sich noch auf den nationalen Einheitswillen der einzelnen Volksgruppen stützen konnte, war auf deutscher Seite nicht zu erwarten. Dies wird auch an den Vorstellungen der sich mit Flandern befassenden Deutschumsorganisationen deutlich, daß die zunächst zu betreibenden

deutsch-flämischen Kulturbeziehungen „im Laufe der Zeit auch eine gewisse politische Verständigung und Freundschaft ergeben würden“. Damit wurde bereits im Ansatz eine Autonomie der Kultur mißachtet, was gerade die von den Volks- und Deutschtumsorganisationen geförderte Kultur für die Ideologierungs- und Politisierungsbestrebungen der Nationalsozialisten anfällig machte.

Der schärfste Gegensatz zwischen der deutschen und der belgischen Auffassung von der Nation war für das deutschsprachige Altbelgien festzustellen. Während die meisten Einwohner zwar bereit blieben, den durch die Ereignisse des Ersten Weltkriegs kompromittierten plattdeutschen Dialekt und eventuell in beschränktem Maße auch die hochdeutsche Sprache zu pflegen, wehrten sie sich jedoch strikt – bis auf eine kleine Minderheit –, als angeblich zu befreiende Deutsche für Politisierungs- und nach 1933 für Ideologierungsbestrebungen mißbraucht zu werden; gerade diese Ideologisierung wurde von deutscher Seite auch durch die Unterstützung des sogenannten „Bundes der Deutsch-Belgier“ angestrebt.

Für das 1920 annektierte Eupen-Malmedy stellt sich die Situation grundsätzlich anders dar. Hier fühlte sich der weitaus größte Teil der Bevölkerung durch die sogenannte Volksbefragung von 1920 betrogen. Insbesondere das psychologisch unkluge Vorgehen der belgischen Regierung im neuerworbenen Gebiet schuf ein Klima des Mißtrauens, in dem viele Menschen die solidarischen Unterstützungsmaßnahmen deutscher Organisationen vorbehaltlos annahmen. Diese Deutschtumpolitik war 1919 aus der inneren Kulturpolitik der Weimarer Republik heraus entwickelt worden; sie sollte ein Mittel gegen die durch Belgien unterstützten separatistischen Bewegungen im Rheinland sein. Dabei bezog sie auch die Betreuung des „Volksbefragungs-Gebietes Eupen-Malmedy“ mit ein und wurde auf deutscher wie auf belgischer Seite (bei der Sozialistischen Partei und dem Eupen-Malmedyer Flügel der Katholischen Union) anfangs durchaus als Kompensation zum „erlittenen Unrecht“ von 1920 angesehen.

Die neuen Ansätze der Deutschtumpolitik von 1925 an erhielten jedoch eine andere Qualität. Stresemanns Rückgabeverhandlungen mit Belgien konnten nämlich nur in einer rückkehrwilligen Bevölkerung die notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Rückkauf des Gebietes finden. Folglich war die Autonomie der Kultur in dieser politisch motivierten Deutschtumpolitik kaum zu wahren. Diese Tendenz verstärkte sich erst recht nach Gründung der revisionistischen Christlichen Volkspartei, die bewußt nicht für eine (kulturelle) Autonomie des Gebietes, sondern für den politischen Separatismus eintrat. Die zahlreichen Querverbindungen zwischen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen auf seiten des sogenannten pro-deutschen Lagers verstärkten die Politisierung weiter. Maßgeblichen Einfluß hatte dabei auch die auf Polarisierung hinzielende Politik des belgischen Staates, der die Kräfte des Gebietes nicht konstruktiv einzubeziehen suchte, sondern konsequent politisierte Konkurrenzorganisationen aufbaute.

Das löste härteste Meinungskämpfe aus, in denen auf beiden Seiten die Werte Volk und Nation überhöht wurden. Der von beiden Seiten radikalisierte Kampf drehte sich in der öffentlichen Meinung weniger um ideologische Ansprüche (Faschismus oder Demokratie) als vielmehr um den überhöhten volkstumpolitischen Nationalismus. Weil dieser aber von seiner Natur her ausgesprochen anfällig für die Ideologie des Nationalsozialismus war und die Nazis sich ihn in Deutschland auch sehr schnell dienstbar machten, ließen sich die volksnationalen Heimattreuen, die von 1936 an in der gleichgeschalteten „Heimattreuen Front“ organisiert

waren, von der Nazi-Ideologie vereinnahmt. Gerade in Eupen-Malmedy verfolgten die Nazis das Ziel der Ideologisierung, um sich so durch die Bevölkerung ein williges Instrument für ihre offensive Politik gegenüber dem belgischen Staat zu schaffen, die primär auf eine Annäherung abzielte, sekundär aber die deutschen Forderungen rücksichtslos durchzusetzen suchte. Auch hier wurde also die Kultur als aggressives politisches Mittel eingesetzt. Dieser integrale Nationalismus, der im nationalsozialistischen Deutschland als Instrument der Krisenbewältigung und Machtbehauptung eine bis dahin nicht gekannte Übersteigerung erfahren hatte, war auch in diesem Falle auf dem Nährboden des Zusammenbruchs von 1918 mit all seinen Folgen gewachsen.

Die Widersinnigkeit der Volkstums- und Deutschtumspolitik in Belgien offenbart sich am meisten in einem direkten Vergleich der Arbeit in den betreuten Gebieten. Obwohl die Voraussetzungen und Bedingungen unterschiedlich waren, förderten die deutschen Regierungen mittelbar eine nationalistische, einseitige und für die tatsächlichen Verhältnisse völlig unsensible Politik, die in Flandern und dem deutschsprachigen Altbelgien nur kleine Minderheiten, in Eupen-Malmedy aber eine große Mehrheit nicht nur kulturell, sondern auch politisch unterstützen. Durch die quasi bewußte Verquickung von Kultur und Politik wurden jedoch die Meinungsgruppen radikalisiert und der Versuch unternommen, sie zu willigen Instrumenten der eigenen Politik zu machen. Insbesondere die Nationalsozialisten versuchten, dadurch politisch erwünschte Ängste zu erzeugen und durch ideologischen Druck meinungsbildend zu wirken. Dies war ein Vorgehen, das nicht nur scheiterte, sondern auch in Belgien eine nachhaltige Angst vor einer politisierten Kultur der kulturellen Minderheiten erzeugte.

4. Kulturelle Konfrontation

Die Volks- und Deutschtumspolitik während der Zwischenkriegszeit beeinflusste die kulturellen Außenbeziehungen der beiden Nachbarländer nachhaltig. Doch auch hier belastete zunächst das Erbe des Ersten Weltkriegs die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen. Presse und öffentliche Meinung spiegelten die verbitterte Haltung beider Völker immer wieder überzeichnet wider und machten sich auch zum Sprachrohr der aggressiven Stimmung. Unter diesen Voraussetzungen ist eine mehr oder minder normalisierte Anknüpfung an die kulturellen Beziehungen der Vorkriegszeit frühestens von 1930 an feststellbar. Während der private Markt seitdem wieder langsam Initiativen ergriff, hing die auswärtige Kulturpolitik ausschließlich vom Engagement der jeweiligen Botschafter ab. Höhepunkt und gleichzeitig Endpunkt des belgischen diplomatischen Engagements auf kulturellem Gebiet sollte 1933 die geplante belgische Kunstausstellung in Berlin sein. Obwohl das Konzept einen effektiven Austausch durch zahlreiche Veranstaltungen vorsah, wie er in der Zwischenkriegszeit in den Projekten der auswärtigen Kulturpolitik selten zu finden war, scheiterte die geplante Kulturwoche an einem Zwischenfall in Eupen-Malmedy. Die Ausweisung eines deutschen Priesters wegen „antibelgischer Propaganda“ am Heiligen Abend 1932 entfachte in der deutschen Presse eine wahre Hetzkampagne gegen die belgische Politik in Eupen-Malmedy, die sich nach einigen Tagen auch gegen die belgische Kunstausstellung in Berlin wandte. Mit dem Argument, daß die Respektierung belgischer Kultur in Deutschland umgekehrt auch die

Respektierung deutscher Kultur in Belgien voraussetze, forderte man, die Ausstellung abzusetzen. Im Januar 1933 wurde der Druck so stark, daß die Reichsregierung trotz gegenteiliger Versprechungen gegenüber der belgischen Botschaft letztlich nachgeben mußte und die Ausstellung boykottierte. In der Folgezeit beschränkte sich das Königreich auf die Abwehr der deutschen ideologischen Kulturpropaganda, die vom Dritten Reich schon kurz nach der Machtergreifung verdeckt betrieben wurde.

Während weder für die Weimarer Zeit noch für die Zeit des Dritten Reiches ein wechselseitiges Verständnis der kulturellen Grundlagen im jeweiligen Nachbarland bestand, war auch die Einschätzung der durch das Nachbarland geführten Politik von Unkenntnis und Fehlinterpretationen geprägt. Die Regierungen der Weimarer Republik bekannten sich offen zum Volkstumsnationalismus, und die Nazis ordneten die Deutsch- und Volkstumspolitik sofort ihren expansiven Machtansprüchen unter. Dem Prinzip der „autoritär geführten Anarchie“ folgend, ließen sie eine Forcierung dieser Politik soweit zu, wie sie ihre machtpolitischen Interessen nicht störte. Gerade weil sich die belgischen Diplomaten oft dadurch täuschen ließen, kann behauptet werden, daß die auswärtigen Kulturbeziehungen in ihrer Gesamtheit bereits in der Zwischenkriegszeit als konsequent eingesetztes Mittel der Politik eine nicht unwesentliche Rolle spielten. Aber weil sie machtpolitisch instrumentalisiert war, konnte diese Politik weder das Prinzip der Gegenseitigkeit noch das Prinzip der Selbstdarstellung berücksichtigen. Die auswärtige Kulturpolitik wurde konsequent in den Dienst der nationalen Auffassungen und Interessen gestellt. In Belgien waren das Auffassungen und Interessen eines noch immer nach staatsnationaler Einheit strebenden Mehrkulturenstaates, der eine als national auserkorene, selektive Kultur als Beweis der eigenen Nation und als Abwehrmechanismus gegen unliebsame ausländische Kulturpropaganda einsetzte. Im Deutschland der Weimarer Republik ging es um Auffassungen und Interessen des unter dem „Schmachfrieden leidenden deutschen Volkes“, das nach alter volkstumpolitische Einheit strebte, und im faschistischen Deutschland waren es die Auffassungen und Interessen einer nach Weltmacht strebenden totalitären Diktatur, die Kultur als Zeichen der „rassischen“ Höherwertigkeit und als Mittel der ideologischen Eroberung aggressiv handhabte.

5. Kulturelle Besatzungspropaganda

Eine weitere Übersteigerung dieser Politisierung von Kultur zeichnete sich im Zweiten Weltkrieg ab, in dem Belgien durch Nazi-Deutschland besetzt wurde. Zwar hatte die 1940 eingerichtete Militärverwaltung das Ziel, daß „die Autorität der deutschen Besatzungsverwaltung auf allen Gebieten durchgesetzt wird und daß die gesamten Wirtschafts- und Arbeitskräfte des Befehlsbereiches in möglichst großem Umfang der Kriegsführung des Reiches nutzbar zu machen“ seien, weshalb Kulturpolitik und Kulturpropaganda sekundäre Aufgaben seien. Dennoch müsse aber der bisher überwiegend westliche kulturelle Einfluß auf Belgien durch eine klare Ausrichtung auf Deutschland ersetzt und das besetzte Land somit kulturpolitisch in die Grenzen des deutschen Einflußbereiches gegen den europäischen Westen einbezogen werden. Solchen eher moderaten Tönen entsprachen auch Versuche einer politischen Realisierung. Aber nicht die menschenverachtende Judenpolitik, der forcierte Arbeitseinsatz, die prekäre Versorgungslage und die leidige sogenannte „Königsfrage“ verhinderten primär

die Realisierung dieser eher zurückhaltenden und die Ideologisierung nach Möglichkeit ablehnenden Politik der Militärverwaltung. Auch die latente Unsicherheit über die Zukunft des besetzten Gebietes und das mangelnde Prestige der Militärverwaltung waren nur Folgen der wahren Ursachen, die im dauernden Kompetenzgerangel zwischen Militärverwaltung und reichsdeutschen Ministerien oder Parteistellen um politische und ideologische Macht im besetzten Gebiet bestanden.

In diesem ungleichen Kampf besaßen die Berliner Ministerien oder Parteistellen die größeren Mittel. Allein die personellen Engpässe in der Militärverwaltung, die sich von 1942 an verstärkten, und der immer größer werdende politische Druck auf sie führten zu einer Zermürbung ihrer eher auf kulturpolitische Befriedung ausgerichteten Politik. Die Parteistellen und Ministerien griffen aber entweder unmittelbar durch eigene Aktionen oder mittelbar durch die Gründung oder Unterstützung kultureller oder politischer Organisationen immer wieder in das Leben des besetzten Nachbarlandes ein; Devlag (Deutsch-Flämische Arbeitsgemeinschaft) und Dewag (Deutsch-Wallonische Arbeitsgemeinschaft) sind wohl die offensichtlichsten Beispiele dafür. Während in den Berichten der Militärverwaltung eine noch mehr oder minder realistische Beurteilung der innerbelgischen Verhältnisse festzustellen ist, entbehren die Einschätzungen der deutschen Ministerien oder Parteistellen sehr oft jeglicher Grundlage. Die Politik dieser parteinahen Stellen hatte sich auch zum Ziel gesetzt, Kultur und Propaganda bedingungslos zur militärischen und geistigen Niederschlagung Europas zu mißbrauchen. Übersteigert wurde dies noch Anfang 1945 folgendermaßen formuliert: „Die Neuformung Europas liegt nicht auf dem Gebiet der Machtpolitik oder der Wirtschaft, sondern auf dem Gebiet des Geistigen. Diese kann Deutschland nur erreichen, wenn es ihm durch den Nachweis geistiger Leistungen und geistiger Mächtigkeit gelingt, die inneren Hemmungen der anderen Völker, die auf einer andersartigen Geistigkeit beruhen, zu überwinden und sie von der politischen Notwendigkeit einer übervölkischen, biologisch begründeten Einigkeit der Völker Europas unter der geistigen Führung Deutschlands zu überzeugen. Und diese Aufgabe fällt der Kulturpolitik zu!“ (CARAN, Paris, AS 40, 37/3) Damit wurde unterstrichen, daß die Kultur nicht nur der Machtpolitik, sondern auch den „rassistischen“ Idealen der Nationalsozialisten dienstbar gemacht werden sollte. Gerade diese „totale Kulturpropaganda“ verstärkte jedoch die sowieso schon vorhandene Ablehnung im besetzten Belgien, wo man das Kompetenzgerangel geschickt zur Lockerung der Besatzungspolitik und zur Auspielung der verschiedenen deutschen Stellen gegeneinander ausnutzte. Auch die Volkstumspolitik konnte unter solchen Voraussetzungen nur mehr eine Minderheit erreichen, die bereit war, die ideologischen Anforderungen zu erfüllen. Während diese Minderheit im Areler Land verschwindend gering war, gab sie sich in Flandern relativ stärker, ohne jedoch politisches Gewicht gewinnen zu können. Die Resonanz in Wallonien verdeutlicht den auch dort anfänglich vorhandenen Opportunismus; in allen Landesteilen sank die Bereitschaft zur aktiven Kollaboration von 1943 an zusehends schneller. Das gleiche galt auch für die bescheidenen deutschen Erfolge der kulturellen Besatzungspolitik in den Bereichen Hochschulwesen und Wissenschaft, Schulwesen, Kulturaustausch, Presse, Rundfunk, Film und Schrifttum. Doch gerade weil die Kultur völkisch, „rassistisch“ und nationalistisch übermäßig zum Instrument der Macht degradiert wurde, unterlag sie auch den Machtbedingungen. Und diese waren für das menschenverachtende nationalsozialistische Regime von 1943 an auf ein Scheitern ausgerichtet. Wahrscheinlich ermöglichte nur dieses Scheitern nach

dem Ende des Krieges die schnelle geistige und kulturelle Überwindung dieses unglückseligen Kapitels.

6. Kulturelle Neuansätze

1945 stellte in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur dar. Denn die multi- und bilateralen Beziehungen der Nachkriegszeit wurden nunmehr primär durch die Ideale der Kooperation, der europäischen Einigung und der kulturellen Annäherung im westlichen Europa bestimmt. Grundlage der deutsch-belgischen Annäherung war zunächst die rasche und günstige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. Zu einer kulturellen und politischen Annäherung kam es erst von 1954 an; bis dahin war die öffentliche Meinung in Belgien nicht nur durch innere soziale und politische Konflikte, sondern auch durch die heftigen Kontroversen um die „Königsfrage“ und die Behandlung der Kollaborateure gelähmt. Vor allem die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit unter deutscher Besatzung verschärfte die Konflikte zwischen den Volksgruppen der Flamen und Wallonen und verhinderte eine frühzeitige Annäherung an die ehemaligen Besatzer. Aber durch die Sehnsucht nach Frieden und die Einsicht, daß Europa in der früheren Machkonstellation weder friedensfähig noch wirtschaftlich lebensfähig war, gewannen auch in Belgien die europäischen Einigungsideale immer größere Bedeutung. Insbesondere die engagierte deutsche Europapolitik half mit, im kleinen westlichen Nachbarland viele Ängste abzubauen.

Das spiegelt sich auch in der belgischen Besatzungspolitik der ersten Nachkriegsjahre in Westdeutschland wider. Denn obwohl mehrere Pläne für eine aktivere wirtschafts- und kulturpolitische Besatzungspolitik entworfen und von 1947 an auch von den Briten unterstützt wurden, konnte das Außenministerium in Brüssel sich aus innenpolitischen Gründen nicht zu weitergehenden Maßnahmen durchringen. Diese Zurückhaltung zeigte sich auch in der nur mittelbaren Protektion des Vereins „Belgisches Haus Köln“. Obwohl das Belgische Haus neben seinen erzieherischen und kulturellen Aufgaben auch für die oft geforderte Verstärkung und Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland eintreten sollte, scheuten die belgischen Ministerien eine offene Unterstützung. Nach vorübergehender Zahlungsunfähigkeit, einem Schmuggelskandal und der Beschlagnahme des gesamten Vermögens dieses Kulturinstitutes zu Beginn der fünfziger Jahre wurden die belgischen Regierungsstellen aber quasi durch die widrigen Umstände zu einer Übernahme und Sanierung des Hauses verpflichtet.

Parallel zu diesen Ereignissen strebte man nach ersten diplomatischen Kontakten 1949/50 auch Ausgleichsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Belgien an. Die gespannte innenpolitische Lage in Belgien verhinderte jedoch zunächst einen erfolgreichen Abschluß, der dann in den Jahren 1955/56 ausgehandelt und vertraglich fixiert wurde. Daß das umfangreiche Vertragswerk auch kulturpolitische Themen berücksichtigte, spricht für die neue Bedeutung, die dieser Materie nun in den multi- und bilateralen Beziehungen zukam. Während in den Projekten des Kölner Belgischen Hauses die Kultur noch in den Dienst der wirtschaftlichen Expansion gestellt werden sollte, gewann sie nun eine größere Autonomie, die schon durch die positive Entwicklung auf dem freien Kulturmarkt untermauert worden war. So war das Abkommen von 1956 eine politische Antwort auf die bereits durch marktwirtschaftliche oder private Initiativen eingeleitete kulturpolitische Annäherung.

Diese nutzte die auch ideelle Konfrontation zwischen Ost und West und die dadurch in der Bevölkerung verstärkte europäische Einigungsbewegung, die durch unmittelbare Kontakte zu den europäischen Nachbarn den Versöhnungsprozeß beschleunigte. Die für das psychologische Klima des jeweils anderen Landes sensible und seit 1954 auch in Belgien klar und engagiert auf Europa ausgerichtete Politik der Außenminister förderte die Annäherung zusätzlich. Getragen wurde die Versöhnung durch die Bereitschaft beider Länder, alten Wertvorstellungen eine klare Absage zu erteilen und in kulturpolitischen Fragen dem Prinzip der Kooperation und der Gegenseitigkeit gerecht zu werden. Erleichtert wurde dieses Vorgehen durch die langsame Annäherung der deutschen und der belgischen Staatsauffassung. Während die Bundesrepublik den Weg des förderativen Bundesstaates einschlug und sich eindeutig von den alten Konzepten der auch aggressiv zu einigenden Kulturpolitik abwandte, setzte sich in Belgien die Vorstellung des auf unterschiedlichen Kulturen beruhenden Bundesstaates durch; aus dieser Haltung heraus kam somit auch hier der Kultur ebenso wie der inneren und auswärtigen Kulturpolitik eine neue, bedeutsame Autonomie zu.

Trotzdem bestand nach wie vor die Gefahr einer Politisierung der Kultur; sie resultierte jedoch weniger aus den kulturellen Beziehungen selbst, sondern drang mehr von außen in sie ein. Deutlichstes Beispiel dafür sind die internationalen kulturellen Organisationen, die im Spannungsfeld des Ost-West- und Nord-Süd-Verhältnisses an außenpolitischer Bedeutung gewannen und gleichzeitig bei häufigen Gelegenheiten zur Szene für außenpolitische Auseinandersetzungen wurden, denen manchmal das kulturelle Thema nur als Vorwand zu dienen schien. Die multilateralen Kulturabkommen stellen das weite, prägende und relativ neue Feld der Auslandskulturpolitik der Nachkriegszeit dar.

7. Kulturelle Europäisierung

Diese Entwicklung förderte die wachsende Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik. Schon seit Ende der fünfziger Jahre hatten die verstärkte internationale Interdependenz politischer und wirtschaftlicher Vorgänge, die intensiviertere und beschleunigte internationale Kommunikation und die in den meisten Ländern verstärkte Teilnahme breiterer Bevölkerungsschichten an kulturellen Entwicklungen auch die kulturellen Kontakte und in ihrem Gefolge den Kulturaustausch zwischen den Staaten belebt. Damit erhielten die internationalen Kulturbeziehungen und deren Förderung durch die Regierungen in zunehmendem Maße auch ein politisches Gewicht und zumindest partiell politische Funktionen. Umgekehrt verstärkte sich eben dadurch der unmittelbare Einfluß der Politik auf die internationalen Kulturbeziehungen. Auf diese neue Bedeutung der im deutsch-belgischen Verhältnis hauptsächlich durch den freien Kulturmarkt getragenen kulturellen Außenbeziehungen reagierten beide Länder jedoch unterschiedlich. Die Bundesrepublik verstand die auswärtige Kulturpolitik als integrales und politisch wichtiges Element der Außenbeziehungen. Für Belgien stellte die auswärtige Kulturpolitik zwar auch ein Politikum dar, aber nur im Sinne einer für die allgemeine Außenpolitik zusätzlichen werbenden Wirkung. Grundsatzdebatten über die auswärtige Kulturpolitik in den beiden Ländern verliefen unterschiedlich. Während die Bundesrepublik bereits früh verbindliche Richtlinien ausarbeitete und später weiterentwickelte, erwies sich die belgische auswärtige Kulturpolitik als „Politik ohne Politik“ oder, anders gesagt, als Politik ohne richtungsweisende Konzepte.

Zudem spiegeln die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen die allgemeine Resonanz der Kultur in den westeuropäischen Beziehungen wider. Während in den fünfziger und sechziger Jahren eine effektive Europa-Euphorie in der multi- und bilateralen Kulturarbeit bestanden zu haben scheint, flaute diese Begeisterung in den siebziger Jahren merklich ab. Auch die immer häufiger veranstalteten Kulturwochen, die mit immer größeren Mitteln auch immer größere Interessentenkreise ansprachen, konnten das zurückgehende Engagement in der offiziellen auswärtigen Kulturpolitik nicht verbergen. Erklärbar wird dies durch die im gleichen Zeitraum immer größer werdenden Kontaktmöglichkeiten und die steigenden Mittel des freien Kulturmarktes, der die Kulturbeziehungen immer stärker dominierte.

Die auswärtige Kulturpolitik als dritte Säule der Außenpolitik ist zu einer festen Größe in der Außenpolitik der Bundesrepublik und Belgiens geworden. Nun auf Kooperation und Gegenseitigkeit ausgerichtet, wurde diese Politik nicht zuletzt durch die langsame Annäherung der politischen Wertigkeit in beiden Ländern erreicht. Hierzu zählten nicht nur die klare Entscheidung für die parlamentarische Demokratie, sondern auch eine Annäherung der im 19. und im frühen 20. Jahrhundert immer wieder für Spannung sorgenden Nationsinterpretationen. Die zwischen den beiden Weltkriegen in Belgien überbetonte staatsnationale Auffassung, die die kulturellen Eigenarten der verschiedenen Volksgruppen zu wenig berücksichtigte, war nämlich ebensowenig mit der revisionistischen kulturnationalen Auffassung der Weimarer Republik wie mit der aggressiven, übersteigerten und nach Hegemonialmacht strebenden Staatsauffassung der Nationalsozialisten vereinbar. All diesen Denkschemata fehlte Realitätssinn und somit auch die Bereitschaft zu Dialog, Offenheit, Kooperation und gegenseitigem Austausch. Erschreckendes Beispiel dieser Diskrepanz zwischen dem Wunschenken einer aggressiven Macht und den Realitäten in einem besetzten Land war die vierjährige Besatzungszeit in Belgien.

Erst die auf ein vereinigtes und befriedetes Europa ausgerichtete Politik der Nachkriegszeit ermöglichte eine langsame Annäherung der fast gegensätzlichen Nationsinterpretationen, durch die ein ausgewogeneres Verhältnis der Komplementärbegriffe von Staats- und Kulturation erreicht wurde. Während für die Bundesrepublik nach wie vor ein Primat der Sprache und der mit ihr verbundenen Kultur vor den Interessen der Bundesländer besteht, hat sich in Belgien die staatsnationale Interpretation der eigenen Nation soweit abgeschwächt, daß eine Zukunft nur noch in einer auf Sprache und Kultur basierenden Autonomie der verschiedenen Kulturgemeinschaften gesehen wird. In beiden Staaten wird also versucht, die eigene Identität durch Sprache und Kultur zu definieren. Das, was Friedrich Meinecke als Staatsnation umschrieb, kann heute für beide Länder wohl am treffendsten mit dem Begriff „Bundestreue“ umschrieben werden. Gerade diese „Bundestreue“ gewinnt auch im sich abzeichnenden europäischen Kontext im Umgang mit unterschiedlichen Wertigkeiten verschiedener Volksgruppen eine immer größer werdende Bedeutung. Denn kulturelle Vielfalt kann nur dann befruchtend wirken, wenn sie im Spiel der politischen Macht die Grundregeln der produktiven auswärtigen Kulturpolitik befolgt – und diese werden durch Toleranz, Kooperation und Gegenseitigkeit bestimmt.

Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der 10. Jahrestagung des Brauweiler Kreises am 10. März 1989 in Bad Waldliesborn/Lippstadt. Der Beitrag beleuchtet wesentliche Aspekte der gleichnamigen Dissertation, die im Herbst 1991 im Böhlau-Verlag, Köln, erscheinen wird.

Quellen

- Bonn, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes: Länderakten Belgien, Akten zu Eupen-Malmedy und Flandern, Akten der Kulturabteilung
- Brüssel, Archives Générales du Royaume: Enseignement supérieur – n. f.
- Brüssel, Centre de Recherches et d'études historiques de la seconde guerre mondiale, Serie M: Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich
- Brüssel, Archives de Ministère des Affaires Etrangères C. D., Légation: Allemagne (1925–1959); Varia
- Düsseldorf, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv: NW 60, NW 136, NW 255, NW 397, RW 23, RW 33, Reg. Aachen
- Freiburg, Bundesarchiv–Militärarchiv: N 246, RH 2, RW 4, RW 5, RW 36
- Koblenz, Bundesarchiv: All. Proz. 4, NL 174, NL 184, NS 8, R 2, R 18, R 43 I, II, R 51, R 55, R 57, R 70, ZSg 104, ZSg 133
- Köln/Brauweiler, Archivberatungsstelle des Landschaftsverbandes Rheinland, Bd. 4494–4791: VDA, Eupen-Malmedy, Flandern, Alt-Belgien
- Köln, Belgisches Haus: Privates und nicht geordnetes Archiv (1946–1980)
- München, Goethe-Institut, Zentralverwaltung: Informationen des Referates 02
- München, Institut für Zeitgeschichte: Da 33.11, MA 103/1, MA 795, NG-Dokumente: Bohle; Thedieck
- Paris, Centre d'accueil et de recherche des Archives Nationales: AJ 40, Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich
- Potsdam, Zentrales Staatsarchiv: 06.01, 07.08, 09.01, 15.01, 16.03, 49.01, 49.02, 50.01, 61 DAF 3, 61 Re 1, 61 Sti 1

Literatur

- Manfred Abelein, Die Kulturpolitik des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland, Köln/Opladen 1968 (Ordo Politicus, 8)
- Peter Alter, Nationalismus, Frankfurt 1985 (Neue Historische Bibliothek, 250)
- Belgisch buitenlands beleid en internationale betrekkingen, Leuven 1978
- Belgitude et crise de L'Etat belge, Bruxelles, 1989 (Publications des Facultés universitaires Saint-Louis, 48)
- Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932, Köln/Wien 1976
- Peter Klefisch, Das Dritte Reich und Belgien 1933–1939, Frankfurt/Bern/New York/Paris 1988
- Cyrril Nunn, Belgien zwischen Deutschland und Frankreich 1925–1934, München 1985
- L'occupation en France et en Belgique 1940–1944, Revue du Nord, n° 2 spécial, 1987
- Hansgert Peisert, Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1978
- Klaus Schirmer, Die klassischen Kulturabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit auswärtigen Staaten, Göttingen 1970
- Fernand van Langenhove, L'élaboration de la politique étrangère de la Belgique, Bruxelles 1980
- 25 Jahre Goethe-Institut Brüssel/Deutsche Bibliothek, 1959–1984, s. l. n. d.